

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 49

Berlin, den 3. Dezember 1927

2. Jahrgang

## Zehn Jahre Sowjetwirtschaft.

Von M. Abramowitsch-Sesimof.

I.

Jetzt, nach Ablauf eines vollen Jahrzehnts, ist es ebenso möglich wie durchaus notwendig, eine klare Bilanz der bisherigen Entwicklung der russischen Volkswirtschaft unter den Sowjets zu ziehen, wie auch die nunmehr eindeutige Richtung festzustellen, die diese Richtung eingeschlagen hat. Die nähere Betrachtung der Dinge wird uns auch zeigen, daß die russische Wirtschaftsentwicklung diese für sie so bezeichnende Richtung einschlagen mußte, daß es für sie zur lebenswichtigen Notwendigkeit wurde, denjenigen Weg der Wiederkapitalisierung zu beschreiten, auf dem wir sie heute finden.

Wie ging es denn an?

Die ersten drei Jahre nach dem bolschewistischen Umsturz waren die Jahre des sogenannten „Kriegskommunismus“. Was unter dieser Bezeichnung in Wirklichkeit entstand, war eine Art von „Kommunismus“ des Verbrauchs, keinesfalls aber ein „Sozialismus“ der Erzeugung. So wurde bereits im zweiten Jahre der Sowjetwirtschaft von ihren führenden Vertretern (Larin, Losowski) selbst erklärt: „Wir waren, als wir die Staatsgewalt ergriffen, noch reich an allerlei Vorräten, die wir von der Bourgeoisie erben — an einer Fülle von Metall, Wolle, Baumwolle u. a. m., das wir allmählich verarbeiteten. ... So konnten wir bei aller Plan- und Systemlosigkeit unseres Wirtschaftens doch noch existieren. ... Wir waren von ganz auf den Konsum der vorgefundenen Vorräte eingestellt und haben äußerst wenig produziert.“ (Der 2. allrussische Kongress der W.-Käte, stenographischer Bericht.)

Alles wirtschaftspolitische Sinnen und Trachten der bolschewistischen Sowjetführer dieser Zeit ging also, wie wir sehen, lediglich dahin, den Verbrauch der Vorräte vermittelt durch staatlichen Apparates auf die Bahn einer planmäßigen Organisation zu lenken und konnte um so weniger (von der Auswirkung der dauernden Bürgerkriege ganz abgesehen) der Organisation der erzeugenden Wirtschaft gewidmet werden. Dadurch wurde auch die kriegskommunistische Wirtschaftspolitik der Sowjetführung in Bezug auf die Landwirtschaft bestimmt. Der Bauer kam in diesen Jahren für die sowjetische Wirtschaftspolitik tatsächlich nur als Lieferant in Betracht. Mit den Bedürfnissen und Mühen des Bauers als Erzeuger befaßte man sich so gut wie gar nicht. Das führte zu einer Agrarpolitik, die in den Zwangsablieferungsmaßnahmen gipfelte, nach denen der Bauer alles, was er über sein eigenes Minimum hinaus erzeugte, den staatlichen Organen zwangsweise abliefern mußte, ohne dafür von den letzteren auch nur irgendeinen Gegenwert zu erhalten — also eigentlich umsonst; denn die russische verarbeitende Industrie lag in den ersten Jahren nach dem Umsturz vollständig brach; das Quantum an industriellen Fertigfabrikaten, die für den Bauer in Betracht kamen, wurde schon in den ersten Monaten aufgebraucht. Dieser Zwang der Gratialisablieferung von landwirtschaftlichen Produkten rief die unausbleibliche Wirkung hervor, daß der russische Bauer einfach aufgehört hat, über sein gesetzlich geschütztes, für die „Requisitionstruppen“ unantastbares Bedarfsminimum hinaus anzubauen. Und so ging denn auch die Unbaufläche Sowjetrußlands in den ersten drei Jahren in katastrophalster Weise zurück. Um die ganze Unerreichlichkeit dieser Katastrophe zu begreifen, braucht man sich nur vor Augen zu halten, daß die bäuerliche Landwirtschaft das eigentliche Herz der gesamten russischen Volkswirtschaft ist. Das große Hungersterben des Wolgagebietes im Jahre 1921 ist im wesentlichen nicht so sehr auf die eingerissenen Mittern, als auf die Auswirkungen der kriegskommunistischen Agrarpolitik der vorangegangenen Jahre zurückzuführen. Dieses Hungersterben konnte nur deshalb derartig ungeheure Dimensionen annehmen, weil der russische Bauer während der vorangegangenen zwei Erntejahre im ganzen übrigen Reiche aufgehört hat, über seinen Eigenmindestbedarf hinaus anzubauen, so daß man infolgedessen dem hungernden Wolgagebiet von keiner Gegend des Landes ausreichend zu Hilfe kommen konnte.

Die grauliche Lehre des Hungersterbens von 1921 ging an der bolschewistischen Sowjetführung nicht spurlos vorüber. Lenin war der erste von den bolschewistischen Führern, der aus dieser Lehre die Konsequenz zog und die Notwendigkeit erkannte, von der kriegskommunistischen Wirtschaftspolitik entschieden abzurufen und den Weg der allmählichen Wiederkapitalisierung der russischen Wirtschaft — wenn auch unter möglichst dauernder Erhaltung der sogenannten wirtschaftlichen „Kommandohöhe“ für den Staat — zu beschreiben und vor allem: der Bauernwirtschaft Anreiz zur Fortsetzung des Anbaues zu geben.

Daß auch die führenden Sowjetkreise immer deutlicher die Tatsache erkennen, daß der Schwerpunkt der russischen Wirtschaft, und infolgedessen auch derjenige ihres Wiederaufbaues in der Landwirtschaft liegt, zeigt sich sowohl in der betreffenden Umstellung ihrer Agrarpolitik als auch in der bereits vor Jahren von Kalinin in gemachter Feststellung: „Es gibt für uns heute eigentlich kein wichtigeres politisches Problem, keine ernstere Aufgabe als: die eingehende Ergründung der Stimmungen und Bedürfnisse der Bauernwirtschaft.“

Daher auch die für die erste Periode der russischen „neuen Wirtschaftspolitik“ — 1921 bis 1923 — ausschlaggebend geordnete Politik: „Vorwärts!“ — daher die Bestimmungen, die Landwirtschaft taxativ zu befreien und die Umstellung der Politik in Bezug auf die Bauernwirtschaft. Während man in den früheren Jahren auf die nur zu knapp vertretenen und wirtschaftlich unbedeutenden bestellten Elemente des Dorfes sich zu stützen versuchte und zu diesem Zweck die „Kombes“ (Komitee der Armen) einrichtete, rufen die Sowjets nach 1921 von diesen ausfallenden Perücken ganz entschieden ab und wenden ihre Neuorientierung auf den „Kräftigen“, das heißt auf den bestehenden mittleren, ja sogar auf den wohlhabenden Bauer. Und auf dem allrussischen Sowjetkongress von 1925 befandete der Vorstehende des Rates der Volkskommissare, Kulkow, auch dementsprechend: „Wenn wir nunmehr die Lösung „Vorwärts“ erteilen, so geschieht es deshalb, weil wir der tatsächlichen sozialen Beziehung der Bauernschaft und der zunehmenden Bedeutung des „Kulaks“ im wirtschaftlichen und politischen Leben unseres Dorfes Rechnung tragen müssen.“ Der Begriff „Kulak“ (zu deutsch: „Eine Sau“). Dieser Ausdruck gilt im

## Die Gewerkschaften zur Wirtschaftsfrage.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt am 24. u. 25. Nov. in Berlin eine Sitzung ab, in der die brennendsten gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen eingehend erörtert wurden. Die in der Sitzung am 24. November zum Ausdruck gekommene Stellungnahme der Gewerkschaften und ihre Anschauungen zu den Dingen und Zeitproblemen wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, die klar und verständlich enthält, was die freigeordnete Arbeiterschaft im Gegensatz zu den Maßnahmen der Kapitalisten und des Bürgerblods fordert.

In der Sitzung beschloß der Bundesausschuß einstimmig, mit der Bundeshilfe den ausgeperrten Tabakarbeitern und -arbeiterinnen beizuspringen. Die Bundeshilfe soll darin bestehen, daß alle Verbände jede Woche 10 Mk. für ein männliches und 5 Mk. für ein weibliches Mitglied an die Bundeskasse abliefern und für die Tabakarbeiter opfern. Falls die Aussperrung einen noch größeren Umfang annimmt, werden die Beitragsätze vom Bundesausschuß noch erhöht.

Der Beschluß des Bundesausschusses muß gutgeheißen werden. Die am schlechtesten entlohnte Arbeiterschaft, die Tabakarbeiter, braucht die Hilfe der gesamten freien Gewerkschaften. Der Solidaritätsakt ist eine Notwendigkeit. Belegschaften und Mitgliedschaften, die außerdem noch etwas tun wollen und können, geben am besten ihre Spenden nur über ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Hauptentscheidung zur Unterbindung des Zustroms ausländischer Kredite, zur geplanten Mehrbesteuerung der Massen mittels indirekter Steuern und Zölle und der Umgestaltung der Verwaltung mit dem Streben zum Einheitsstaat hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß zum Ausbau der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft vorläufig noch der Zustrom ausländischer Kredite unentbehrlich ist. Er muß deshalb mit Bedauern feststellen, daß der weitere Zufluß dieser Kapitalien in jüngster Zeit durch mannigfaltige Maßnahmen und Neben gefährdet worden ist. Insbesondere hält er die Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Kommunen, die mehr politischer Voreingenommenheit als wirtschaftlicher Erwägung zu entspringen scheint, um so weniger für berechtigt, als die Höhe der von den Kommunen aufgenommenen Auslandskredite beispielsweise nicht den Betrag übersteigt, den das deutsche Reich ebenso freigebig wie unbedenklich der Stahlindustrie geschenkt hat.“

Die Zins- und Amortisationslast, die für die Gesamtheit der Auslandskredite aufzubringen ist, gefährdet die deutsche Währung nicht. Wohl aber bedeutet jede Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die öffentliche oder private Wirtschaft Deutschlands eine Gefährdung der Konjunktur. Im allgemeinen nähern kommunale Auslandskredite der Volkswirtschaft im gleichen Maße, wie es — ebenso allgemein — private Auslandskredite tun. Die Gewerkschaften halten insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbau, dessen Förderung bringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspringt, durch Aufbringung sowohl von öffentlichen Mitteln als auch von Auslandskrediten für eine dringende und durchaus produktive Ausgabe.

Der Reichshaushalt ist in seinen Einnahmen weit über den Voranschlag hinausgekommen. Leider hat sich dabei wiederum gezeigt, daß die tatsächliche Besteuerung noch weit unsozialer ist als der Voranschlag. Diejenigen Steuern, die unter der Bezeichnung Massensteuern zusammenzufassen sind, haben unverhältnismäßig hohe Beträge ergeben, müssen daher in erster Linie abgebaut werden. In zweiter Linie ist alsbald die bereits gesetzlich vorgesehene Abänderung der Lohnsteuer in Angriff zu nehmen, bezugnehmend eine Senkung der die Lebenshaltung einengenden Zölle.

russischen Volkswirtschaft als Bezeichnung des geldkräftigen Großbauern. (Nun. M. U.) wird übrigens allzu häufig falsch ausgelegt. Und: „Die Aufgabe der Sowjetregierung ist es jetzt, dahin zu wirken, daß der Wohlstand jedes Bauernhofes vergrößert werde.“

Die Umstellung auf den mittleren Bauer erfährt ihre weitere Begründung auch noch in den Ergebnissen der neuesten sowjetrussischen, landwirtschaftlichen Statistik, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß gerade die Mittelschicht der bäuerlichen Faktor und die eigentliche Trägerin der russischen Landwirtschaft ist und bleibt. So z. B. gelangt eine der ersten und sachkundigsten sowjetrussischen Autoritäten auf dem Gebiete der Statistik, Frau A. Chirjakowa, nach eingehenden Forschungen zur folgenden Feststellung: „Diejenigen Wirtschaftseinheiten, die im Verlauf des Auslieferungsgeschäftes andere, der eigentlichen Bauernwirtschaft wesensfremde Güte angenommen haben, wandern aus, sie begeben sich dorthin, wo sich weit günstigere Bedingungen für die Verwendung der Arbeitskraft — für die einen — des Kapitals — für die anderen — bieten.“ („Die ökonomische Schichtung der Bauernschaft.“) Ferner: „Weder die Klasse der proletarierten Bauern noch diejenige der bäuerlichen Bourgeoisie, sofern sie den anspruchsvollen Klaffentypus ganz erlangt haben, verbleiben im Dorfe; sie verlassen es, da es zu ihrer weiteren Entwicklung hier weder Raum noch geeignete Bedingungen gibt.“ („Sozialistische Idee (Chirjakowa 1924, Band II.)“)

Soll also die agrare Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung Erfolge haben, so muß sie sich demnach auf die ausschlaggebende, mittlere und vermögende Bauernschaft einstellen, sie muß auf dem Wohlstand der Bauernwirtschaft basieren und diesen ihrerseits fördern.

Allein diese Bestrebung, die Bauernwirtschaft zu fördern, findet ihren tragischen Widerpart in derjenigen „Entwicklung“ der staatlichen Sowjetindustrie, die im wesentlichen auf Kosten der Bauernschaft stattfindet. Wie wir erst im späteren Zusammenhange des genaueren kennen lernen werden, kann sich die russische Staatsindustrie nicht aus eigenen Kräften weiterentwickeln; sie ist nicht einmal in der Lage, die Wieder-

Der Ausgleich im Haushalt ist durch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, durch zweckdienlichen Ausbau des Brauntweinmonopols und durch eine auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten beruhende Umgestaltung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat herbeizuführen. Bis dahin sind die Beträge, die das Reich den Ländern zur Verfügung stellt, keinesfalls zu vermehren und die Mehrüberweisungen der letzten Zeit wieder abzubauen.

Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird es zur Pflicht gemacht, vorbehaltlos und in jeder Weise das Streben nach der deutschen Reichseinheit zu fördern.“

Die Gewerkschaftsmitglieder werden sich diesem Beschluß um so eher fügen, als er geeignet ist, die Probleme zu kennzeichnen, wie sie die Gewerkschafter zu sehen und zu betrachten haben.

Im Verlauf der Sitzung wurde ferner auf die in letzter Zeit gehäuften Grenzstreitigkeiten verwiesen. Dann eritattete Leipart einen gedrängten Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris und die Verhandlungen, die in den letzten Monaten über die Wahl des Präsidiums und die Frage der Sitzverlegung geführt worden sind. Es geht nach der Ansicht des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht an, daß dem IGB ein Präsident aufgebunden wird, der nicht das Vertrauen der angeschlossenen Landeszentralen genießt. Der Generalkongress des englischen Gewerkschaftskongresses hält bekanntlich an der Kandidatur Purcell für den Vorstand des IGB fest. Der Ausschuß des IGB, der im Januar des nächsten Jahres in Berlin zusammentritt, wird die Wahl des Generalsekretärs und eventuell eine Ersatzwahl für das englische Vorstandsmitglied vornehmen müssen. Der Ausschuß des IGB soll auch über die Sitzverlegung entscheiden.

Die Verbände wie der Bundesausschuß haben ihren Beitrag zu der Deutschen Gesellschaft für Gewerkschaften erhöht. An Stelle der bisherigen Beilage für Gewerkschaftszeitung „Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung“ wird vom Januar ab eine selbständige Zeitschrift treten, deren Redaktion der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung beim Bundesausschuß, Clemens Rörpel, übernehmen wird.

Leipart berichtete ferner über eine Reihe von Eingaben an Behörden aus der letzten Zeit, ein Arbeitsgebiet, das in der Stille vor sich geht, aber doch große Bedeutung hat.

Der Bundesausschuß hat sich z. B. in einer Eingabe an den preussischen Wohlfahrtsminister gewandt, um eine Änderung der ungünstigen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Unfällen zu erreichen. Als „geeignete Verste“ im Sinne der Verordnung und als Gutachter bei den Versicherungsämtern sollen nicht die angestellten Ärzte der Berufsvereinigungen, sondern die beamteten Gewerbeärzte herangezogen werden.

Eine weitere Eingabe an den Reichsinnenminister sowie die Länderregierungen und Parlamente beschäftigt sich mit der sozialhygienischen Ausbildung der Medizinstudierenden. Sie fordert im Interesse der Sozialversicherung und der ärztlichen Mitarbeit im Arbeiterstand die Errichtung von Lehrstühlen für soziale Hygiene an den Universitäten, um so zu ermöglichen, daß die Medizinstudenten in ihrem Fach in sozialer Hygiene erhalten können und sich in ihrem Staatsexamen über Kenntnisse auf diesem Gebiete ausweisen müssen.

Der Bundesausschuß hat sich auch in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsfinanzministerium für die Erhöhung des steuerfreien Lohnabzuges eingesetzt. Er hat ferner Stellung genommen gegen die Einteilung von Religionsunterricht an den Berufsschulen.

Über die Verhandlungen am 25. November berichten wir in der nächsten Nummer.

herstellung ihres verbrauchten Grundkapitals aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Sie kann unter den gegebenen Umständen nur bestehen und sich weiterentwickeln, vermittelt der zunehmenden Ausbeutung der bäuerlichen Landwirtschaft. Hierüber aber werden die Forderungen der Bauernwirtschaft in Sowjetrußland noch engere Grenzen gezogen. Unter diesen Umständen ist es nunmehr beabsichtigt, daß die russische Landwirtschaft mit ihren wichtigsten und brennendsten Problemen, der Beschaffung des notwendigen landwirtschaftlichen Inventars, nicht fertig werden kann. Der Staat kann aus seinen mehr als bescheidenen Mitteln die Bauernwirtschaft mit einem nur ganz geringfügigen Teil des notwendigen Inventars versorgen.

Wie es aber nun die Kaufkraft des Bauern selbst bestellt ist, ergibt sich mit Evidenz schon bei der nächsten Betrachtung seiner wirtschaftlichen Lage.

Nach den vom Volkskommissar für Ackerbau, M. Smirnow, in der „Pravda“ (22. Oktober 1926) angeführten Angaben der zentralen statistischen Verwaltung, gab es zu Beginn des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres in den 35 Gouvernements des europäischen Rußlands von der Gesamtzahl der Bauernhöfe

ohne eigenen Ackerbau	4,2 Prozent
mit Unbaufläche bis 2 Desjatinen	33,0 „
von 2 bis 6 Desjatinen	49,3 „
von 6 bis 10 „	10,2 „
über 10 „	3,3 „

Von dieser Gesamtzahl der Bauernhöfe besaßen:

Zugtiere:	ohne	34,1 Prozent	19,6 Prozent
1 Stüd	51,0 „	55,7 „	
2 Stüd	11,2 „	18,7 „	
3 Stüd	2,3 „	4,1 „	
3 Stüd und mehr	1,4 „	1,9 „	

Zusammen ergibt sich, daß von den Klein- und Mittelbauernhöfen, die über 90 Prozent der Gesamtzahl der Bauern-



wirtschaft darstellen, 61,6 Prozent ohne Zöglinge und 31,2 Prozent ohne Kasse sind.

Man kann sich leicht denken, wie niedrig die Kaufkraft der großen Masse dieser Klein- und Mittelbauern sein muß. Diese an sich schon äußerst niedrige Kaufkraft des Bauern wird aber durch weitere ganz weitreichende Beeinträchtigung einerseits dadurch, daß der Sowjetstaat, als der bisher alleinige Getreideexporteur, ein Interesse daran hat, die Großkaufpreise für die Getreide möglichst niedrig zu halten, und daß ein Anziehen der Weltmarktpreise auf den Export der russischen Bauernwirtschaft einen nennenswerten Einfluß hat. Andererseits verursacht das schon erwähnte Preisrückgang der staatlichen Industrien ein weiteres Sinken der Kaufkraft des Bauern. Es liegt auf der Hand, daß die Kaufkraft des russischen Bauern unter solchen Umständen keinesfalls ausreichen kann, um die Beschaffung des landwirtschaftlichen Inventars sicherzustellen.

Aus dem bisher Gesagten folgt: Um die ruinierte russische Landwirtschaft in dem Maße aufzubauen, wie es zum weiteren Gedeihen der gesamten Volkswirtschaft das unbedingt erforderlich ist, wird in den nächsten Jahren eine ausgiebige Einfuhr landwirtschaftlichen Inventars aus dem Ausland in weitestmöglicher Umfang praktiziert werden müssen. Die Kosten der Einfuhr wird der Staat nur zum ganz geringen Teil tragen können. Ebenfalls würde die Bauernschaft selbst dazu in der Lage sein. Diese Kosten werden aber in der nächsten Zeit auch nicht durch die vorerwähnte noch unbedeutende Ausfuhr gedeckt werden können. Die Verlastung mit einem derart hohen Zinsfuß dürfte daher die Verschuldung und die so mühsam hergestellte Valuta so sehr verschlechtern, daß sich daraus wiederum eine katastrophale Rückwirkung auf die Landwirtschaft ergeben würde. Die einzige Lösung dieses Problems ist infolgedessen nur auf dem Wege der ausländischen Kredite möglich.

## Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Der allgemeine Arbeitsmarkt zeigt am Anfang des Monats November leichte Anzeichen jahreszeitgemäßer Verschlechterung. Die Zahl der von öffentlichen Arbeitslosen-Versicherung unterstützten Erwerbslosen, die noch in der ersten Oktoberhälfte einen geringen Rückgang erlebt, weist in der zweiten Hälfte eine geringe Steigerung auf, wie aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich ist:

Ende	Zahl der Erwerbslosen	Zahl der Arbeitslosen unter 15 Jahren	Insgesamt
Januar 1927	1 627 200	188 164	1 965 364
Februar 1927	1 695 515	192 801	1 888 316
März 1927	1 121 150	223 567	1 344 717
April 1927	870 373	254 104	1 104 477
Mai 1927	640 606	226 011	874 617
Juni 1927	540 708	208 426	759 134
Juli 1927	452 007	181 877	633 884
15. September 1927	381 000	138 000	519 000
15. Oktober 1927	329 000	118 000	447 000
1. November 1927	340 000	116 000	456 000

Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen weist gegenüber Ende September immerhin einen noch ganz beträchtlichen Rückgang auf. Die Zunahme der Erwerbslosen am Monatsende ist nach amtlichen Mitteilungen zum Teil auf die Einstellung der Kurzarbeiter und auf die jahreszeitliche Einschränkung der Arbeit in landwirtschaftlichen, baugewerblichen und hauswirtschaftlichen Betrieben zurückzuführen. Die Arbeitslosenstatistik der freien Gewerkschaften zeigt für Anfang November noch eine kleine Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat an. Die Verhältniszahl für Vollerwerbstätige sank von 4,7 auf 4,6 v. H., und der Anteil der Kurzarbeiter von 2,4 auf 2,0 v. H.

Von einer allgemeinen Konjunkturverschlechterung kann nicht gesprochen werden, abgesehen die starke Kapitalverknappung, die sich in den hohen Zinssätzen für Verleihen ausdrückt, die starke Spannung in der Konjunkturabwärtung erkennen läßt. Der weite Abstand zum Vortage gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres tritt in den statistischen Verhältniszahlen für Arbeitslosigkeit scharf hervor. So waren Ende Oktober 1926 von je 100 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 14,5 arbeitslos, während 5,8 verkürzt arbeiteten, und im Fabrikarbeiterverband waren es 13,7 bzw. 8,3, und im Keramischen Bund 14,8 bzw. 8,8.

Nach der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes hat der Arbeitsmarkt für unsere Verbandstätiger in einigen Industriezweigen im Oktober eine leichte Verschlechterung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist um ein wenig gesunken, während die Zahl der Kurzarbeiter leicht zugenommen ist. Die Arbeitslosenstatistik ergab 403 870 oder 96,5 Prozent der Verbandstätiger. Davon waren arbeitslos insgesamt

21 389 oder 5,2 v. H. gegen 4,9 v. H. im Vormonat, verkürzt arbeiteten 7717 Mitglieder oder 1,9 v. H. gegen 2,2 v. H. im Vormonat. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den beiden letzten Monaten in den Industriezweigen unseres Verbandes gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende September			Ende Oktober		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	4,5	6,0	4,9	5,1	5,6	5,2
In der Industriezweige:						
Chemie	4,8	6,9	5,3	4,7	6,5	5,1
Papier	2,8	4,3	2,6	2,5	3,8	2,8
Nahrungsmittel u. Genussmittel	6,0	12,4	7,6	8,2	7,5	4,2
Spielwaren und Spielwaren usw.	8,5	10,6	9,4	7,7	7,8	7,8
Sonstige Industrien	7,9	6,0	7,3	8,1	5,9	7,5
Keramischer Bund insgesamt	4,4	4,2	4,3	5,0	4,4	5,7
a) Porzellan	4,3	3,5	4,0	3,9	2,8	3,5
b) Glas	6,3	4,4	6,1	5,8	4,0	5,6
c) Grobkeramik und Baustoffe	3,8	5,5	3,5	6,9	7,2	7,0

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt:

	Ende September			Ende Oktober		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	1,8	3,7	2,2	1,5	3,1	1,9
In der Industriezweige:						
Chemie	2,0	5,2	2,7	2,5	5,8	3,3
Papier	1,6	1,3	1,5	0,8	0,6	0,7
Nahrungsmittel u. Genussmittel	2,6	2,7	2,7	0,2	0,7	0,4
Spielwaren und Spielwaren usw.	2,6	5,8	4,0	2,1	4,5	3,2
Sonstige Industrien	0,7	2,5	1,8	0,3	0,8	0,5
Keramischer Bund insgesamt	1,7	3,3	2,0	1,5	2,0	1,8
a) Porzellan	4,9	5,7	5,2	3,6	4,0	4,1
b) Glas	1,7	0,6	1,5	1,6	0,5	1,4
c) Grobkeramik und Baustoffe	0,4	0,1	0,3	0,6	0,5	0,6

Der günstigste Stand des Arbeitsmarktes von allen Industriezweigen unseres Verbandes zeigt nach wie vor die Papierindustrie mit 2,8 v. H. Arbeitslose und 0,7 v. H. Kurzarbeiter. Der Anteil der Kurzarbeiter ist zurückgegangen, hingegen erhöhte die Erwerbslosigkeit die leichte Steigerung von 2,6 v. H. auf 2,8 v. H. Eine geringe Vermehrung der Arbeitslosen bei gleichzeitiger Verminderung der Kurzarbeiter ist auch in der Gruppe "Sonstige Industrien" festzustellen. Alle übrigen Gruppen weisen mit Ausnahme der Gruppe "Grobkeramik und Baustoffe" eine Verminderung der Erwerbslosen, zum Teil auch der Kurzarbeiter auf. Besonders bemerkenswert ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit der Nahrungsmittel-Industrie von 7,6 v. H. auf 4,2 v. H. Hier tritt der jahreszeitliche regere Geschäftsgang in der Zuckererzeugung und in der Konserven-Industrie in Erscheinung. In der Porzellan- und Glas-Industrie sind ebenfalls leichte Verbesserungen des Arbeitsmarktes festzustellen. Der Beschäftigungsgrad in der Baustoff-Industrie ist schon sehr stark von der jahreszeitlichen Stilllegung der Sommerzeilen usw. beeinflusst, wie die Steigerung der Erwerbslosen auf 7,0 v. H. beweist.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosen zeigt nach wie vor die Provinz Brandenburg und Berlin den günstigsten Stand des Arbeitsmarktes für unsere Mitglieder, nämlich 2,6 v. H. Arbeitslose und 1,6 v. H. Kurzarbeiter. Die ungünstigste Lage des Arbeitsmarktes weisen auf: Thüringen mit 11,5 Arbeitslose — Stilllegung der Sommerzeilen und schlechte Beschäftigung der heimischen Industrie —, sowie der Bezirk Weiskraut und des linksrheinische Rheinland. Im erstgenannten Gebiet ist es ebenfalls die chemische und die Baustoff-Industrie, während es im linken Rheinland hauptsächlich die Baustoff-Industrie ist, die den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit auf 10,1 v. H. hinaufschraubt. Während die Glas-Industrie in den norddeutschen Provinzen — mit Ausnahme von Hamburg — und auch in Württemberg recht niedrige Arbeitslosenzahlen aufweist, sind sie in Nordbavarn, Hessen-Nassau, Rheinpfalz bzw. Saargebiet verhältnismäßig hoch. (S. 11)

## Verbands-Schulheim — Wennigsen.

Hier vom Hüter der Stadt, im Land- und Waldgebiet, ein gemütliches Schulheim, ein Stück des Lebens, dem alle Augenblicke der Arbeiter etwas zu bieten, das nicht mit Worten beschreiben, das nur erlebt werden kann. Der Beschreiber die Aufgabe, die uns alle erlebte, die wir an einem Wildsturm in Wennigsen im eigenen Schulheim teilgenommen? Zwei Wochen lang im der Fremde der Heimat, in einer Ebene wohnen, die uns so frei und froh aufleben ließ, und uns auch schmerzhaft machte, als die großen Gedanken, die uns im Laufe der Unterhaltungen von unseren Lehrern so ausführlich und verständlich vorgetragen wurden, in uns anzunehmen. Wir haben es nicht, und noch vielen, vielen möchten wir wünschen, daß auch sie zu diesen Tagen zurückkehren würden.

Es ist die Mühe, wenn sie uns in unserer Verbandszeitung gezeigt werden, hier an ein schönes Heim zu gehen, das auch ein Stück des Lebens ist, das wir in der Heimat haben. Das herrliche Park, die schönen Anlagen, die hier die beiden Anwesen, Schule und Heim mit Nebengebäuden, einen stillen Charakter haben, das ist es, was man über die Schwestern hören kann, daß man die Vorzüge, das Erleben und die Arbeit der Arbeiter des Verbands, die sich mit der Beschaffung dieses Schulheims betraffen haben. Allen Bedürfnissen der Arbeiter und Arbeiterinnen in Rechnung getragen. Hier gibt es eine einfache, praktische Küche, wo ein Tisch im Wege steht, wo man die Unterhaltung über den Tag und die Besuche der Arbeiter und Arbeiterinnen hat, wo man sich selbst verhalten kann. Die Schulräume sind ganz in Ordnung. Nicht nur die Unterhaltungsarbeiten sind in den Schulräumen, ebenso ist der Unterricht und die Besuche der Arbeiterinnen in Rechnung getragen. Der große Sportplatz, der ein Stück des Lebens darstellt und die große Halle des Hauses von sich aus einen hervorragenden, vorzüglichen Tag für den Tag in der Unterhaltung hat, daß hier unsere Belange werden können, das ist es, was man über die Schwestern hören kann, daß man die Vorzüge, das Erleben und die Arbeit der Arbeiter des Verbands, die sich mit der Beschaffung dieses Schulheims betraffen haben. Allen Bedürfnissen der Arbeiter und Arbeiterinnen in Rechnung getragen. Hier gibt es eine einfache, praktische Küche, wo ein Tisch im Wege steht, wo man die Unterhaltung über den Tag und die Besuche der Arbeiter und Arbeiterinnen hat, wo man sich selbst verhalten kann. Die Schulräume sind ganz in Ordnung. Nicht nur die Unterhaltungsarbeiten sind in den Schulräumen, ebenso ist der Unterricht und die Besuche der Arbeiterinnen in Rechnung getragen.

ledigen hatte, sei es nun ein Brieflein an seine Frau oder sonst zu etwas. Nebenbei, nur durch Gardinen vom Hof getrennt, eine kleine Diele, ein mulliges Sofa. Gepolsterte Bänke um einen glänzenden Tisch, ein Kamin auf der Seite, in der Mitte eine herabhängende, geschlossene Lampe mit Bugenscheiben, wird dieses lauschig-warme Nischen durch die gemalten Fenster in Dämmerlicht gehalten. Es ist darum keine Frage, warum sich die Kollegen und Kolleginnen hier so gern zusammenfinden und so manchen Spaß zum Besten geben.

Ein großer Unterhaltungsraum mit Radio nimmt die Kollegen alleabendlich auf und läßt sie nach erster Arbeit, bei Gesang und froher Laune, den Tag beschließen. Der Schulraum, in dem sechs Stunden des Tages zugebracht werden, entspricht ganz seinem Zweck. Zwei und zwei sitzen die "Schüler" hinter ihren Tischen, es geht es sich bequem. Neben dem Schulraum ist ebenfalls ein Zimmer, das in den Unterhaltungen bei verschiedenen Unterhaltungen dient. Nicht vergessen möchte ich eine Anlage hinter der Schule, das Licht, Luft- und Wasserbad, die kleine Halle mit den Turn- und Sportgeräten. Überall auf Treppen und Plätzen finden wir Pflanzen und Blumen, in den Räumen herrliche Wandbilder in breiten Maßstab, deshalb ist es auch begreiflich, daß jeder einzelne diese Stätte liebgewinnt, aber nicht nur liebgewinnt, weil sie für den persönlichen Bedürfnissen entspricht sondern auch, weil ihm hier Gelegenheit geboten wurde, sich geistig zu betätigen, daß es ihm künftighin möglich sein wird, für seine Ideale kämpfend und bahnbrechend im Interesse der Arbeiterbewegung einzutreten. Grobes und Gemutiges ist uns hier von unseren Lehrern geboten worden, und manches Mal fiel es schwer, die ganze Fülle des Gebotenen in seiner unendlichen Bedeutung anzunehmen und zu verarbeiten. Zum tieferen Erleben sind uns diese Unterhaltungen gewesen. Wir können heute nicht anders, als dankend, klopftend dankend dankbar sein. Wir möchten uns ja selbst belohnen, wölften wir still abwärts gehen, nachdem wir die ganze Bedeutung der Arbeiterbewegung von heute erkannt haben.

Alle, alle, Lehrer, Schüler und Verwaltungspersonal haben zusammen gehalten, die Stunden in den Tagen so angenehm als möglich zu gestalten. Schon nach wenigen Stunden des Fortschritts herrscht ein echt kollektives Verhältnis. Gleiches Verhalten und gleiches Ziel hat uns nach dort geführt, und so haben wir unsere Arbeitsstunden miteinander geteilt, aber auch die Freizeit hat uns bald zu zweit, dann wieder in Gruppen den herrlich schönen Wald durchstreifen oder im Unterhaltungsraum froh gelacht und Geklatsch zu spielen. Manches Erlebnis aus dem Verbandsleben und Betrieb haben wir hier ausgetauscht, und ich

## Reichskonferenz der Flaschenmacher.

Im Verbandshaus des Keramischen Bundes wurde die Reichskonferenz der Flaschenmacher Deutschlands am 13. November 1927, morgens 10 Uhr, eröffnet. Nach dem allgemeinen Bericht der Mandatsprüfungskommission waren der Einladung der Branchenleitung

- 40 Kollegen aus dem Beruf,
- 1 " der Branchenleitung,
- 2 " des Hauptvorstandes,
- 3 " des Keramischen Bundes der Gruppe Glas

sowie einige Zahlstellenangestellte gefolgt. Die vorliegende Tagesordnung:

1. Unser Manteltarif,
2. Unsere Lohn tafel,
3. Das Arbeitszeitgesetz.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach der Branchenleiter Kollege Grünzel. Er sprach über die Verhältnisse im Glaswesen. Es sei ein unheiliger Zustand, daß u. a. dem Tarif der Flaschenmacher noch die Konzerntarife Eschmann laßen. Unser Bestreben muß es sein, entsprechend den abgeschlossenen Verträgen der Glasindustrie und denen der handarbeitenden Flaschenindustrie, dieselbe Einheitlichkeit auch für die Flaschenindustrie zu schaffen. Dabei kann mit unterschiedlichen Lohn tafeln wie bisher gearbeitet werden, da ohne Zweifel die Kollegen in Großbetrieben tatsächlich unter bedeutend erschwerten Lebensverhältnissen arbeiten müssen als die Beschäftigten auf dem flachen Lande.

Nebenher behandelte die einzelnen Tarifpositionen des jetzigen Manteltarifs der Flaschenindustrie und war der Meinung, auf Grund der Erfahrungen und aufgetauchten Streitfällen, daß Änderungen in den §§ 3, 9, 11, 13 und 14 sich als unbedingt notwendig erweisen. Der § 3 muß abgeändert werden, um eine Vereinfachung im tariflichen Schlichtungsverfahren herbeizuführen. Des Weiteren schimpfen unsere Kollegen, daß abhängig gemachte Streitfälle erst nach Monaten erledigt werden. Dies liegt unbedingt nicht an den Kollegen der Branchenleitung, sondern zum Teil an den vorgeschriebenen Schlichteweisen des § 3 und vor allem am allzu langwierigen Arbeiten des Arbeitgeberverbandes, der in allen Fragen immer Mitglieberschaften einholen muß. Aber auch unsere Zahlstellen müssen ermahnt werden, bei Verantwortung von Fragebogen und statistischem Material größeren Fleiß und Pünktlichkeit zu zeigen.

Der fortschreitenden Mechanisierung, die in der Flaschenindustrie schon von entscheidender Bedeutung ist, muß das größte Augenmerk geschwidet werden. Das Organisationsverhältnis unter den Flaschenmachern sei außerordentlich schlecht. Von der Organisierung dieser Arbeiterkollegen wird es aber abhängig, ob wir genügend Kraft aufbringen können, um einen abgeschlossenen Arbeitgeberverband für Hand- und Maschinenarbeiter abzurufen, die die Gewähr eines menschenwürdigen Daseins bieten.

Die von einigen Zahlstellen angeregte, zwischenbetriebliche Lohnregelung sei nicht erfolgversprechend, denn bei gebundener Tarifdauer kämen wir als Mittende, ohne Hoffnung zu haben, dem Arbeitgeberverband etwas abzurufen zu können. Die Vertreter der Gruppe Glas des Keramischen Bundes teilen den Standpunkt des Hauptvorstandes und empfehlen, von zwischenbetrieblicher Regelung Abstand zu nehmen, um nicht den Arbeitgebern in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Hände zu binden, während der Laufdauer eines Vertrages uns Verschlechterungen aufzuerlegen. Am Schluß sprach der Redner die Bitte aus, die Konferenz möge sich einig werden, ihm, sowie der Gruppe Glas behilflich zu sein bei der Schaffung eines einheitlichen Rahmenvertrages in der Flaschenindustrie.

An der folgenden, reichhaltigen Diskussion beteiligten sich fast alle Vertreter. Alle Redner erkannten die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Manteltarifes an. Einige Kollegen bedauerten, daß leider früher die Kollegen des Siemens-Konzerns eine andere Stellung eingenommen haben, die zu der bestehenden Zersplitterung geführt habe. Noch sei es aber nicht zu spät, deshalb frisch ans Werk!

Für zwischenbetriebliche Regelung waren zwei Vertreter der Zahlstellen. Kollege Großmann vom Vorstand legte in längerer Ausführungen die Gefahren eines derartigen Vorgehens klar, so daß auch die Befürworter einer zwischenbetrieblichen Regelung einsehen, daß es besser ist, alle Streitkräfte bis Ablauf der Verträge aufzuspeichern. Einmütig vertrat die Konferenz den Standpunkt, daß die vorzunehmenden Veränderungen am Manteltarifverträge von einer kleinen Kommission unter Berücksichtigung der geäußerten Wünsche der Konferenzteilnehmer, sowie Wünsche der Zahlstellen ausgearbeitet werden.

Die Abstimmung ergab Einmütigkeit, daß der Manteltarifvertrag, sowie der Lohnvertrag bei Ablauf der vorgeschriebenen Fristen aufgekündigt werden müssen.

Einmütig lag auch vor, daß von einer zwischenbetrieblichen Regelung Abstand genommen wird.

haben den Eindruck mitgenommen; Heberall derselbe Kampf, dieselben Feinde, dieselben Kampfmethoden. Heberall das gleiche, angreifsbereite Unternehmertum, das uns durch seine Vormachtstellung im heutigen Staat unsere gewerkschaftliche und wirtschaftliche Existenz mit den kleinsten Schritten kritisch machen will, und doch — so grundverschieden die Wirkung, das Ziel. So manche Aufrufe habe ich schon in den Verbandsorganen gelesen, so oft gehört in den Versammlungen, aber noch nie so intensiv empfunden, daß nur eine geschlossene, einheitlich organisierte Arbeiterbewegung den Weg zur Höhe bahnt, als gerade hier im Kreise dieser Kollegen. Da, wo kampfesfreudige, geschlossene Kollegen und Kolleginnen zielbewußt hinter ihrem Führer stehen, wo sie ihr eigenes Ich vergessen und nur ein Wir kennen, da ist es nicht möglich, daß die Arbeiterkraft Spielball des Unternehmers wird, der geben und nehmen kann, wie er will, einstellen und entlassen nach Belieben, da ist für das Recht der einzelnen gesorgt im Interesse der ganzen Bewegung. — Wo Macht gegen Macht sich stellt, wird die Achtung vor dem zielbewußten Proletariat uns zum Aufstieg helfen.

Man wieder zurückgeführt in den Wertig des Lebens, allen die Gedanken oft und gern nach Wennigsen, und Freude und Dank läßt die Erinnerung an die dort verbrachten Stunden.

Dank dem Hauptvorstande für die Schaffung dieses Schulheims, das hoffentlich ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes wird.

Dank dem Lehrerkollegium für die Vorträge und Abhandlungen. Sie haben es verstanden, Wissen, Freude und Begeisterung mit auf den Weg zu geben, und stets wird es unser Streben sein, das, was sie an uns geleistet haben, an unsere Kollegen weiter zu geben, dahin zu wirken, daß sich unser Kollegenkreis erweitert.

Dank auch dem Verwaltungspersonal, das uns so liebenswürdig umlort, betriebe menschlich gemacht hat.

Eine Freude war es, mit diesen allezeit frohen Menschen zusammen zu sein. Wesentlich erleben auch noch manche Freude die Schüler der kommenden Kurse.

Wir alle, die wir vom 2. bis 14. Oktober ein paar Sonnenstunden des Lebens im Schulheim Wennigsen zugebracht haben, werden euch, liebe Lehrer und das tüchtige Verwaltungspersonal nicht vergessen, denn ihr habt uns liebe Verpflegung und zeitig gegeben. — In unseren Arbeiten, sei es still oder offen, sollt ihr auch immer wieder finden.

Es ist kein Kampf mit lauten Siegen; Es ist ein fetes, silles Wahn: Bert a R ich, Konstanz.







Arbeitsvertrag

zwischen

Herrn Martin Schweiger, Ziegeleibehrer, Gögginger, und dem Ziegeleibrenner Otto Dr. Augsburg. Ziegeleibehrer Martin Schweiger stellt den mitunterfestigten Otto Dr. als Ziegeleibrenner bis auf weiteres ein. Dr. erhält für eine tägliche Brennleistung von 1 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags (einschließlich Sonntag) einen Wochenlohn von 39 RM. Die Arbeitswoche erstreckt sich vom Samstag, 1 Uhr früh, bis Freitag der nächsten Woche, 4 Uhr nachmittags (einschließlich Sonntagsruhe).

Der vereinbarte Lohn gilt selbstverständlich nur bei zufriedenstellenden Leistungen und anzurechnen der Führung. Nachforderungen werden nicht anerkannt. Mit vorstehendem Arbeitsvertrag erklären sich einverstanden:

Der Arbeitnehmer.

Der Arbeitgeber: gez.: Martin Schweiger.

Wie aus diesem Vertrag zu ersehen ist, bekommt der "glückliche" Brenner für seine über 100tündige Arbeitszeit 39 RM pro Woche. Davon kommen selbstverständlich noch die Abzüge weg, so daß der Brenner, wie im vorliegenden Fall, noch rund 34 RM herausbekommt. Ein ungeheures Einkommen für einen verheirateten Mann. Wenn man also diese 39 RM Wochenlohn in Stunden umrechnet, so erhält der Brenner pro Stunde, Tage und Woche, 39 Pf., während nach Tarif 80 Pf. zu bezahlen sind. Also zahlt Herr Schweiger nicht mal die Hälfte des Tariflohnes. Die Rechnung wird aber noch schlimmer, wenn man noch die tariflichen Zuschläge in Betracht zieht. Würde Herr Schweiger nach dem Tariflohn bezahlen, so würde sich für den Brenner ein Wochenverdienst von 90 RM ergeben, während 39 RM nur bezahlt werden.

Somit zahlt der Herr Gemeinderat und Ziegeleibehrer ungefähr nur ein Drittel des Tariflohnes. Deshalb, Ziegeleibehrer, die Augen auf!

Über wollt ihr euch noch weiter der Willkür eines Herrn Schweiger und Konjorten aussetzen? Nein, gewiß nicht. Deshalb wahrt eure Rechte und tretet dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, bei, der in der Hand ist, euch gegen eine derartige Ausbeutung zu schützen. Hans Sturm.

Gipsindustrie Südburg.

Eine Niederlage der gelben Werkvereiner.

Mit dem Arbeitgeberverband Südburg e. V., als Vertreter der meisten Gipswerke des Südburgs, stehen wir im Vertragsverhältnis. Ueber die Ueberstundenbezahlung konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Der Schlichtungsanspruch Nordhausen, der von uns angerufen wurde, fällt am 19. September einen Schiedspruch, welcher folgende Regelung vorschlägt: für die 49 bis 51. Wochenarbeitsstunde wird ein Zuschlag von 15 Proz., für die 52 bis 54. Wochenarbeitsstunde wird ein Zuschlag von 20 Proz., darüber hinaus ein Zuschlag von 30 Proz. gezahlt. Diesen Spruch lehnen die Unternehmer ab.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband Nordhausen, der die Firma Guling & Mack, Ulrich, vertritt, lehnte Verhandlungen mit uns ab. Die Firma beschäftigt beinahe 500 Arbeiter wie alle anderen Werke zusammen. Die Firma hat einen Werkverein gegründet, und mit diesem Gebilde einen Lohn- und Manteltarif abgeschlossen. Ebenso ist die Ueberstundenbezahlung mit dem Werkverein geregelt worden. Der Schlichtungsanspruch verpflichtete beide Parteien, innerhalb 4 Wochen zwecks Abschluß eines neuen Vertrages in Verhandlungen zu treten. Die Firma stellte sich zu Verhandlungen nicht für sie waren ja die Verhältnisse durch den Abschluß mit dem Werkverein günstig geregelt.

Um nun Preise zu schlagen, riefen wir den Schlichter für Mitteldeutschland zur Entscheidung gemäß § 6a, Abs. 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 in beiden Fällen an.

In den Vorverhandlungen machten die Vertreter der Firma Guling & Mack ganz besonders auf das ansehnliche Vertragsverhältnis mit dem Werkverein aufmerksam und bestritten die Rechtmäßigkeit des Schlichters, weil angeblich kein Streit vorliege. Wir bestritten die Tarifmäßigkeit der Werkvereine. Der Schlichter fällt die nachstehende

Entscheidung.

In dem Streite zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau Thüringen, als Antragsteller einerseits, und dem Arbeitgeberverband Südburg e. V. und dem Allgemeinen Arbeitgeberverband Nordhausen, andererseits,

über die Festsetzung der Vergütung für die über 48 Stunden in der Woche hinausgehende Arbeitszeit in den von obigen Arbeitgeberverbänden vertretenen Betrieben der Gipsindustrie des Südburgs wird auf Grund des § 6a, Abs. 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 (RSM. I, S. 110) folgende Regelung getroffen:

- 1. Für die 49 bis 54. Arbeitsstunde in der Woche werden 15 Proz., für die 55 bis 60. Arbeitsstunde in der Woche werden 20 Proz. weitere Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag auf den Stundenlohn gewährt, soweit zwischen den Parteien kein höherer Zuschlag vereinbart ist. 2. Für die Bezahlung der über 48 Stunden in der Woche hinausgehenden Arbeitszeit der Vorarbeiter, Wächter, Geschichtsführer, Knechtelente, Geiger, Maschinenführer, Leiterführer und Rangierer gelten die bisherigen Grundsätze. Nordburg, den 10. November 1927.

Dr. S. J. J. J.

Mit dieser Entscheidung ist unseren Forderungen soweit die Höhe der Zuschläge in Frage kommt, zwar nicht Rechnung gemacht worden, auch der Tariflohn der Schlichterentscheidung vom 19. September ist nicht erfüllt worden, aber grundsätzlich ist die Tarifmäßigkeit des Werkvereins abgelehnt worden. Daraus, daß die Entscheidung auch für die Mitgliedsfirmen des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Nordhausen gilt, ist das zum Ausdruck gebracht. Ferner liegt der Erfolg unserer Aktion. Die von uns erreichte Regelung ist viel günstiger als das, was der Werkverein vereinbart hatte. Unsere Kollegen in den Betrieben Ulrich und Hübner sind nunmehr des agitatorischen Schlichters entledigt. Es muß durch dieses Beispiel gewerkschaftlicher Tätigkeit möglich sein, dem Werkverein auch noch die letzten paar Mitglieder abzunehmen. Denn es geht mit dem Tariflohn, wenn die Gipsarbeiter nicht laßt und sich nicht einsehen wollen, daß nicht die vom Unternehmer bestimmten und abhängigen Werkvereine ihre Interessen durchzusetzen vermögen können. Als Kampforganisation gilt auch für die Fabrikarbeiter nur der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gruppe Keramischer Bund.

Deshalb arbeite jeder Kollege mit an der Verwirklichung des Kampfrufes:

Alle Gipsarbeiter in den Fabrikarbeiterverband! Bahn frei zur Schaffung einheitlicher, besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Südburg-Betriebe. E. Schönfeld.

Rückblick eines Zieglers.

Die Ziegeleien im rheinisch-westfälischen Tarifgebiet haben nun schon zum größten Teil ihre Kämpfe für 1927 geschlossen. Es ist deshalb an der Zeit, einen Rückblick zu halten, um an der Hand von Beispielen den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses vor Augen zu führen.

Im Spätsommer des Jahres 1926 machte sich bereits eine etwas lebhaftere Bautätigkeit bemerkbar, so daß man schließen konnte, daß im Jahre 1927 mit einer besseren Konjunktur zu rechnen war.

Die Arbeitgeber im rheinisch-westfälischen Tarifgebiet hatten es sehr eilig und versuchten bereits im Januar 1927 den Tarif so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Das Angebot, 67 Pf. pro Stunde für den ganzen Sommer, wurde von unserer Organisation mit Recht abgelehnt. Ein Teil der Zieglerkollegen hatte aber damals noch nicht die rechte Lehre aus dem Vorgehen gezogen. Sie warteten mit dem Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation, dem Keramischen Bund, bis zum Frühjahr. Sie glaubten, kann sei es noch früh genug. Statt die Macht der gewerkschaftlichen Organisation so zu stärken, daß diese den Arbeitgebern gegenüber eine größere Strohkraft besaß, standen sie beiseite und ließen die anderen für sich kämpfen. Gerade zu der Zeit, wo die Organisation den Arbeitgebern gegenüber die größte Kraft hätte entfalten können, mußte sie die Zeit mit der Organisation eines Teils der Ziegler verbringen.

Es gelang aber der Organisation trotzdem, Ende April einen einigermaßen annehmbaren Tarif abzuschließen. Der Spitzenlohn wurde von 67 auf 75 Pf. erhöht, für die 9. Stunde muß 10, für die 10. tägliche Arbeitsstunde 15 Proz. Aufschlag gezahlt werden.

Die Lohnhöhung brachte den Kollegen pro Woche 5,15 RM mehr. In der Brennerfrage gelang es, eine einigermaßen annehmbare Regelung zu treffen. Im alten Tarif hieß es, bei 12stündiger Arbeitszeit werden 11 Stunden bezahlt. Jetzt tritt die volle Bezahlung ein.

Wenn wir Zieglerkollegen unsere Lage dauernd verbessern wollen, muß auch für uns die Parole gelten: Restlose Herbeiführung des Achtstundentages auch in der Ziegelindustrie.

Die bisher erreichten Erfolge, die wir dank unserer Mitgliedschaft im Keramischen Bund erreicht haben, können uns noch lange nicht befriedigen. Wir müssen weiter bauen, um unsere Lage menschenwürdig zu gestalten. Dies ist nur dann möglich, wenn wir nicht am Schluß der Kampagne die Mitgliedsbücher in die Ecke legen, sondern unsere Mitgliedschaft im Keramischen Bund aufrechterhalten.

Als Mitglied im Keramischen Bund sind wir nicht nur zahlende Mitglieder, sondern haben auch Rechte, wenn wir unsere Pflicht ebenfalls tun. Aber nicht allein das, sondern die Tatsache, daß eine Organisation nur dann groß und mächtig ist, wenn auch die größte Mehrzahl der Berufangehörigen ihr angehört, und daß die Erfolge um so größer sind, je geschlossener die Organisation ist, muß uns Zieglerkollegen veranlassen, diese Geschlossenheit so schnell wie möglich herbei- und den letzten Ziegler dem Keramischen Bund als Mitglied zuzuführen.

Wenn wir alle in dieser Beziehung unsere Pflicht tun, wird auch der Ziegler nicht mehr Partei der heutigen Gesellschaft sein, sondern als geachtetes Glied im Wirtschaftsprozess sein Mitbestimmungsrecht ausüben können.

W. Schröder, Elbringen.

Um die Arbeitszeit der Brenner in den Ziegeleien der Haßküste.

Die Ziegler der Haßküste standen in diesem Jahre 7 Wochen im Kampf zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nach Beendigung des Streiks glaubten aber verschiedene Ziegeleibehrer, ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht in der Arbeitszeitfrage vorzugehen zu können.

Durch Gerichtsurteil sind sie jetzt aber eines anderen belehrt worden, wie wir in einer Notiz der Königsberger Hartungischen Zeitung Nr. 539 vom 18. November 1927 lesen können. Die Notiz hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitszeit der Ziegeleibrenner.

Elbing. Wegen Uebersteigerung der Arbeitszeit hatten sich vor dem Elbinger Schöffengericht die an der Haßküste ansässigen Ziegeleibehrer August Müller aus Damerow, Otto und Gottfried Dörje, sowie Dipl.-Ingenieur Paul Schmalz selbst aus Bankau zu verantworten. Als Vertreter war der Geschäftsführer des Preussischen Arbeitgeberverbandes, Dr. jur. Fohsitz, Königsberg, zugelassen. Die Angeklagten waren beschuldigt, ihre Brenner entgegen den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen täglich 12 Stunden, also an ihren Brennöfen nur zwei statt drei Leute, beschäftigt zu haben.

Die angeklagten Unternehmer leiteten ihre Berechtigung dazu aus einem Passus im Tarifvertrag her, der besagt: "Die Arbeitszeit der Brenner wird im Betriebe geregelt". Sie glaubten sich demgemäß zum Abschluß von Einzelverträgen berechtigt. Das Gericht jedoch legte diesen Satz so aus, daß die Arbeitszeit der Brenner im Einvernehmen mit dem Betriebsrat zu regeln sei, was jedoch nicht geschehen ist. Das Urteil lautete für jeden der Angeklagten auf 50 RM Geldstrafe, ersahmweise zwei Tage Gefängnis, da die Ziegeleibehrer nicht berechtigt seien, die Brenner länger als acht Stunden täglich zu beschäftigen.

Durch vorstehendes Urteil ist den Ziegeleibehrer der Haßküste klargestellt worden, daß gesetzliche Bestimmungen auch in der Ziegelindustrie Geltung haben. Die ausbeutenden Geldstrafen sind gering, aber es kommt in dem Urteil zum Ausdruck, daß der Arbeitgeber nicht nach Willkür verfahren können.

Schätzung!

Der Bezirksvorstand der Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen hat in der öffentlichen Versammlung am 20. November in Höhr den Bericht des Betriebsrates und der Streikleitung des Werkes Industrie, Grenzhausen, entgegengenommen und stellt auf Grund des Berichtes fest, daß die beiden in der "Einkaufszeit" Republik Nr. 27 und 29 erschienenen Artikel über den Streit auf dem Gebiet Industrie-Grenzhausen, unwahr sind.

Der Bezirksvorstand beschließt einstimmig, daß der Geschäftsführer, Erlega Oite, nach wie vor das volle Vertrauen des Bezirksvorstandes besitzt. gez.: Max Dehner, Clemens Gerhards, Fritz Hoffmann, Jacob Felix Kamp, Peter Rehr, Heinz Seeger, Florian Storch.

Literarisches.

„Die Gewerkschaftsbewegung in Russland.“ Wollte sich der deutsche Leser über die russische Gewerkschaftsbewegung unterrichten, so war er bis jetzt nur auf Broschüren und in den Zeitschriften zerstreute Artikel angewiesen. Ein größeres Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung gab es bis jetzt in deutscher Sprache nicht. Das bedeutende Werk von dem der erste Band eben erschienen ist: „Die Gewerkschaftsbewegung in Russland“ von W. Grinewitsch, Berlin 1927, Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes O. M. H. Berlin S. 14, Inselstr. 6, Preis z. B. 17 RM, Broschüre 16 RM, wird daher mit Freude von denen begrüßt werden, die in Deutschland ein lebhaftes Interesse für die Arbeiterbewegung Russlands haben.

Der Verfasser, der seit der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der russischen Arbeiterbewegung sehr eifrig tätig war, zeichnete sich seit lehrer innerhalb der russischen Sozialdemokratie durch seine besondere Betonung der unmittelbaren, wirtschaftlichen Ziele der Arbeiterbewegung aus. Als bei dem Aufschwung der Arbeiterbewegung vor und in der Revolution 1905 die ersten Voraussetzungen für die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung in Russland geschaffen wurden, war es Grinewitsch, der seine ganze Kraft dieser Bewegung widmete und zu einem der bedeutendsten Gewerkschaftsführer wurde. Er war im Jahre 1905 der Führer der Gewerkschaften in Petersburg, dem wichtigsten Zentrum der Bewegung in der ersten Revolution, und er war es auch, der 1906 zum Vorsitzenden des Organisationskomitees zur Einberufung des ersten allgemeinen russischen Gewerkschaftskongresses gewählt wurde - eine Aufgabe, die von demselben Organisationskomitee erst in der zweiten Revolution erfüllt werden konnte. Auch ist Grinewitsch vor mehr als zwei Jahrzehnten zu einem Bindeglied zwischen der jungen russischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden; er schrieb damals über die russische Gewerkschaftsbewegung für das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, korrespondierte mit dem von Lezinen geleiteten Internationalen Gewerkschaftssekretariat, vertrat die russischen Gewerkschaften auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 und hat auch viel dazu beigetragen, die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit den russischen Gewerkschaften zugänglich zu machen. So ist Grinewitsch ein kein anderer Ziegeleibehrer, die Entstehung und Entwicklung der russischen Gewerkschaftsbewegung vor den Augen der deutschen Leser aufleuchten zu lassen.

Das Werk Grinewitschs ist eine Art Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung, hat aber als Geschichtswerk seine Besonderheiten. Den ersten Teil des jetzt vorliegenden Bandes (S. 1 bis 180) bildet eine abgekürzte Uebersetzung des russischen Werkes des Verfassers, das Grinewitsch im Jahre 1908 unmittelbar aus der Praxis und vorwiegend für die Praxis geschrieben hat und welches in Russland bis auf den heutigen Tag als das bedeutendste Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der ersten Revolution anerkannt wird. Nicht die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung war es aber, was damals den Verfasser in erster Linie interessierte, sondern die Schilderung der lebendigen Bewegung mit allen ihren aktuellen Problemen. Das Werk gewinnt hier dadurch ungemein an Anschaulichkeit und Interesse.

Der zweite Band des Werkes, der in Vorbereitung begriffen ist, wird die neueste Geschichte und den gegenwärtigen Stand der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern. Das Erscheinen dieses Bandes kann um so mehr mit Interesse erwartet werden, als der Verfasser im Jahre 1917 wieder an führender Stelle in der russischen Gewerkschaftsbewegung tätig war.

Die Zahlstelle Sonneberg und Umgebung.

Sucht zum baldigsten Eintritt, spätestens zum 1. Januar 1928, einen tüchtigen erfahrenen

Agitationsleiter.

Bewerber müssen 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. Organisatorische, agitatorische und rednerische Befähigung ist Voraussetzung, ebenfalls Kenntnisse des Arbeitsrechts. Im Bezirk ist Fein- und Grobkeramik, sowie Spielwarenindustrie vorherrschend und sollen Bewerber möglichst in einer dieser Industrien gearbeitet haben. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert.

Gebalt nach den Beschlüssen des Verbandstages. Anstellung nach vierteljährlicher Probezeit.

Bewerbungschriften mit Angabe des Alters, Dauer der Mitgliedschaft, nebst einem kurzgefassten, selbstgeschriebenen Lebenslauf und Bericht über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sowie eines kurzen Aufsatze über: „Die Arbeiten eines Agitationsleiters“ sind bis zum 15. Dezember 1927 einzusenden an Gottfried Brandel (Verband der Fabrikarbeiter), Sonneberg, Volkshaus.

Die Zahlstelle

Tangermünde

Sucht zum 1. Januar 1928 einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit allen einschlägigen Verbands- und Büroarbeiten vertraut, ebenso rednerisch und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Bedingung: Fünfjährige Verbandszugehörigkeit. Der Geschäftsführer hat das Hausstellern mit zu übernehmen.

Der Bewerbung ist eine handschriftliche Schilderung des Lebenslaufes, sowie über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung beizufügen. Außerdem eine Verantwortung folgender Frage:

„Wie ist eine Zahlstelle am besten zu leiten?“

Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Carl Folski, Magdeburg, Ratswagenplatz 1/2, III., bis zum 13. Dezember 1927 einzusenden.

Franconuth.

Achtung, Mitglieder!

Franconuth.

Am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Ratshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Gleichzeitig erfolgt die Ausgabe von Bibliothekbüchern.

Die Verwaltung.

Zahlstelle Münsberg a. d. W.

Die ausgeschriebene Stelle des Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Gustav Kühner, Wehrstedt, bei Bad Salzdetfurth. Allen Bewerbern unseren besten Dank.

W. Scheinhardt.

Arbeitsmarkt.

Drei bis vier Schleifergesellen für Tieffschliff, Bleistiftschliff, Arbeitsanzweis Robert Schölzel, Brand-Erbisborf, Wiesenstr. 180. (233)

Wir stellen für sofort mehrere tüchtige Schalendreher (für Blatt) ein. Porzellanfabrik Kloster Besta, Kloster Besta, Kreis Schleusingen. (234)

Drei bis fünf Feinschleifer auf Bleistiftschliff-Arbeit für sofort gesucht. Es kommen nur Leute in Frage, die vollkommen selbstständig arbeiten können. Eventl. Meister mit Lehrlingen an Oster Weiß & Sohn, Kristallglaschleiferei, Hoyerwerda. (235)

Dreher für Grobgeschirr (Suppenterrinen, Gemüseschüsseln) gesucht. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. N. G. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt i. Thür. (236)

Mehrere tüchtige Glaschleifer für Bleiglas (Tieffschliff) per sofort gesucht. Erste Oberfränkische Kristallglaschleiferei, Hof a. d. Saale, Marktstr. 12. (237)

Mehrere Schleifergesellen auf Bleistiftschliff, die eventl. selbstständig arbeiten können, sowie ein Schleifer auf Blumen und Früchte (Tiefaravur) stellt sofort ein Kristallglaschleiferei Friedrichshagen, Volkswomen & Co., Berlin-Friedrichshagen, Poststr. 42. (238)

Ein bis zwei Unterlagsprüfer für Messingplatten gesucht. Neuleiningener Steinigungsabrik N. G. vorm. Jacobi, Adler & Cie., Neuleiningen, Grünstädt (Hofa). (239)

Gesucht wird ein lediger Gehilfe auf Polier- und Stirnlaternen, durch Kurt Böbel, Gr.-Räshen, Altmahütte 5, Post Grube Ilse. (240)

Jüngerer, lediger, kreisförmiger Modelliermacher, der auch abgießen und retuschieren kann, perfect in allen einschlägigen Arbeiten, sucht sich anderweitig zu verändern. Angebote unter „N. 92“ an „Keram. Bund“ erwünscht.

Erfahrener Fachmann, welcher die Dreherei und Gießerei zu leiten vermag, ungeschultes Personal anlernen kann, im Modellieren und Einrichten der Modelle praktisch und modern zu arbeiten versteht, wünscht sich zu verändern. Antrache unter „Porzellan-Fachmann N. 96“ an den „Keram. Bund“, Charlottenburg, Brabstr. 2-5.

Verlag: Albin Kari, Charlottenburg, Brabstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brabstr. 2-5. Druck: G. Janitzki, Berlin SO. 26, Eilmahlpulver 28/29.